

## Berlingen möchte vorsorgen und nicht nur reagieren

Generationengremium lädt am Dienstag, 29. September, in die Unterseehalle zum Thema «Sicherheit im Alter» ein



Sie sind flott unterwegs auf dem Weg zu einer hohen Lebensqualität für alle Generationen in der Politischen Gemeinde Berlingen (vlnr): Heinz Kasper, Jolanda Lenherr, Maja Oswald und René Künzli.

(le) Die betagte, bald 90-jährige Frau, nennen wir sie Emma, stolpert in ihrem Wohnzimmer über einen Stuhl, fällt aufs Gesicht und bleibt mit linker gebrochener Schulter und einem gebrochenen Ellbogen hilflos für 24 Stunden am Boden liegen. Schliesslich vernimmt ihre Nachbarin, eine Mitarbeiterin der örtlichen Spitex, ihre schwachen Hilferufe und alarmiert umgehend den Notfall. Nach einem einwöchigen Spitalaufenthalt stellt sich die Frage: «Wohin jetzt?». Dank einer professionellen Unterstützung ermöglicht man ihr einen drei Monate dauernden Aufenthalt in der Akut- und Übergangspflege in einem Heim in der Region. Anschliessend kann sie wieder in ihr geliebtes Heim zurückkehren. Hier wird Emma in jeder Hinsicht optimal auf ihre Selbstständigkeit vorbereitet. Dank dieser ausgezeichneten Betreuung wird sie kein Pflegefall. «Ich bin der Anlaufstelle sehr dankbar und seither trage ich die Notrufuhr auch beim Du-

schen», sagt sie augenzwinkernd, denn es ist ihr erklärtes Ziel, wieder selbstständig zu werden. Unter dem Titel «Sicherheit im Alter», im Rahmen einer Veranstaltung informiert das Generationengremium am 29. September um 14.00 Uhr im Foyer der Unterseehalle Berlingen über diese Thematik.

### Sicherheitspartnerschaften unter Nachbarn

Das obige Beispiel aus der Region Untersee und praktische Beispiele aus den Medien verdeutlichen: Oft leben ältere Menschen allein und allfällige Stürze und Notfälle bleiben deshalb leider nicht selten unbemerkt. Die Tatsache, dass schnelle Hilfe rettet, führt dazu: Berlingen will vorsorgen, statt nur zu reagieren. Im Zentrum steht dabei die gegenseitige Unterstützung im Rahmen von kleinen Hilfen, die viel bewirken, aber auch das

Aufmerksam sein für die Nachbarin oder den Nachbarn sowie die Sicherheit durch soziale Vernetzung. Auch täglich vereinbarte Lebenszeichen, wie ein Morgentelefonat, eine Whats-App-Nachricht, das morgendliche Winken aus dem Fenster oder ein Hausnotruf mit Sturzsensoren, sind wichtige Massnahmen.

### Sicherheitsnetzwerk Berlingen

Ein Thema dieses Nachmittags ist auch die mögliche Vermittlung von Sicherheitspartnerschaften unter Nachbarn und Bekannten und das Erstellen einer verbindlichen Partnerliste. Jan Meier vom Schweizerischen Roten Kreuz Thurgau informiert über Notrufmöglichkeiten im Alltag. Mit dem Ziel «Hilfe zur Selbsthilfe» stellt sich auch die Frage nach einem nachbarschaftlichen Sicherheitsnetz anstelle von Institutionen. Dabei soll auf dem bestehenden Zusammenhalt im Dorf aufgebaut werden – freiwillig, unkompliziert und niederschwellig. In einer Sicherheitsnetzwerk-Liste könnten sich Kontaktpersonen eintragen und Nachbarschaften könnten einander zugeordnet werden. Typische Alltagssituationen dienen dabei als Leitfaden. Klare erste Schritte sollen Betroffenen und Helfenden anstelle von Unsicherheit Orientierung und Hilfe bieten.

### Jedes Projektteammitglied liess Ideen einfließen

Diese Idee entstand im Austausch mit der Steuergruppe des Generationengremiums. «Nach dem Aufbau der Nachbarschaftshilfe war deren Weiterentwicklung für die Projektgruppe, der Maja Oswald, Heinz Kasper, René Künzli und ich angehören, ein logischer Schritt», erklärt Gemeinderätin Jolanda Lenherr. Die Idee und ihr persönliches Anliegen sind, dass die familiäre, kombiniert mit der nachbarschaftlichen Hilfe, insgesamt ein Netzwerk bildet, welches weitgehend selbsttragend ist. «Dies soll dazu verhelfen, staatliche und institutionelle Hilfen zu ergänzen und im besten Fall möglichst lange zu ersetzen», erklärt sie. Die Selbstbestimmung der betroffenen Personen soll dabei bestmöglich unterstützt werden. Deren Sicherheit steht im Zentrum der Bemühungen. Der Leitgedanke ist «Hilfe zur Selbsthilfe». «Unsere Intentionen sollen zum Nachdenken anregen, den Austausch unter den Betroffenen fördern und diese dazu ermutigen, familiäre Netzwerke zu nutzen und nachbarschaftliche Tandems zu bilden. Dies immer auch mit dem Ziel, die Generationen miteinander zu verbinden», hebt Lenherr hervor. «Jede und jeder trägt seinen Teil bei zum gemeinsamen Erfolg und jedes Teammitglied bringt seine Erfahrungen ein», freut sich René Künzli.

## Ein hartes Leben mit weitem Blick

Sabina Marti führt bei einer Wanderung in Berlingen ins Leben und Schaffen des Malers Adolf Dietrich ein

Bei strahlendem Spätsommerwetter nahmen am vergangenen Sonntagmorgen in Berlingen rund ein Dutzend Kunstbegeisterte die rund eineinhalbstündige Fussreise auf den Spuren von Adolf Dietrich in Angriff. Geführt von der Kunstvermittlerin Sabina Marti entdeckten die Teilnehmenden die Schönheiten der Bodenseelandschaft gleichsam durch die Augen des Künstlers.

Ausgangspunkt war das Adolf Dietrich-Haus, in dem der Künstler nicht nur auf die Welt gekommen war, sondern auch seine über tausend Gemälde gefertigt hatte. Vorbei an den Häusern von Berlingen führte die Wanderung hügelwärts, so dass sich bald vielfältige Blicke auf Untersee und Höri entfalteten, die auch der Künstler in seinen Bildern in immer wieder neuen Variationen festgehalten hatte.

Das Gehen und die Ausblicke bereicherte Sabina Marti mit der Lesung aus Briefen und Texten des Malers. Die Kunstvermittlerin ist selbst immer wieder beeindruckt vom Schaffen und Leben des Künstlers. Eindrücklich schilderte sie, wie mühsam der Alltag des Kleinbauern vor hundert Jahren war. Dünger, Erde und Werkzeuge mussten zu Fuss in einer Hütte auf die Felder über dem Dorf getragen werden und die geernteten Trauben, Früchte und Kartoffeln nahmen den nicht weniger anstrengenden Weg wieder hinunter in Dietrichs kleines Haus. Trotz dieser harten Alltagsarbeit verlor Dietrich sein Ziel nie aus den Augen. Er wollte Maler werden, wollte seine Heimat im Bild festhalten und ihr damit ein Denkmal setzen. Bereichert wurden Aussicht und Erzählung der Kunstvermittlerin durch Beiträge von «Ber-

lingen-Kennern», die einige Geschichten zu Adolf Dietrich und zum Dorf zu erzählen wussten.

### Letzte Türöffnung vor dem Winter

Die Fussreise war die letzte Veranstaltung im Jahresprogramm 2026 des Dietrich-Hauses. Am Wochenende des 27. September öffnet das Haus für dieses Jahr seine Tür zum letzten mal für Besucherinnen und Besucher.

Wer im Winterhalbjahr einen Besuch plant, kann bei der Thurgauischen Kunstgesellschaft eine Führung oder sogar eine Fussreise buchen. Angaben dazu finden sich unter [www.adolf-dietrich.ch](http://www.adolf-dietrich.ch).

## KANTON THURGAU

### Thurgau arbeitet seine Flüchtlingspolitik während der Nazizeit auf

480 000 Franken aus dem Lotteriefonds für Forschungsprojekt mit anschliessender Publikation

(sda) Der Kanton Thurgau hat knapp eine halbe Million Franken für ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung seiner Flüchtlingspolitik während der Zeit des Nationalsozialismus bewilligt. Dabei soll auch die systematische Abweisung von jüdischen Flüchtlingen an der Thurgauer Grenze untersucht werden. Finanziert werde das Projekt mit einem Betrag von 480 000 Franken aus dem Lotteriefonds, teilte der Kanton Thurgau mit.

Es werden einerseits Einzelschicksale von Flüchtlingen untersucht, die damals an der Thurgauer Grenze abgewiesen wurden. Andererseits soll beleuchtet werden, wie das System der Abweisungen funktionierte und wie der Thurgau seinen Spielraum in der damaligen Flüchtlingsfrage nutzte. Für die Bekanntmachung der Resultate der Untersuchungen ist eine Publikation geplant.

Ausserdem sollen an verschiedenen Orten entlang der Grenze zu Deutschland Gedenktafeln angebracht werden, die an die Abweisung einzelner Personen erinnern. Das Projekt werde von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, teilte der Kanton weiter mit.

### Der Thurgau vertrat eine strikte Abweisungspolitik

Die Thurgauer Polizei verfolgte in Zeiten des Nationalsozialismus eine sehr restriktive Flüchtlings- beziehungsweise Abweisungspolitik. Nicht erst im Rahmen der Untersuchungen der Bergier-Kommission zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg geriet der Ostschweizer Kanton deswegen negativ in die Schlagzeilen.

Dass der Thurgau unter Justiz- und Polizeidirektor Paul Altwegg damals Weisungen aus Bern strikter auslegte, als sie gedacht waren, verdeutlicht ein protokolliertes Zitat des damaligen Polizeikommandanten Ernst Haudenschild während einer Sit-

zung 1938 im Bundeshaus: «Unsere kantonale Regierung hat uns strikte Weisung erteilt, alle Flüchtlinge abzuweisen. Wir haben keine politischen und keine jüdischen Flüchtlinge in unserem Kanton. Man mag in Bern befehlen und beschliessen, was man will, unser Kanton wird keine Flüchtlinge zulassen».

### Die damaligen Akten sind verschwunden

Die Thurgauer Regierung bat 2022 in einer Antwort auf eine Anfrage im Grossen Rat um Entschuldigung für die rigide Handhabung der Fremdenpolizei in jenen Jahren, auch wenn sie um Jahre zu spät komme. Die damalige Haltung habe vielen jüdischen Flüchtlingen das Leben gekostet.

Zuvor sprach sich der Regierungsrat in der Vergangenheit mehrfach gegen eine historische Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Kantongeschichte aus. Er verwies jeweils auf die fehlenden Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Haudenschild blieb bis 1958 Polizeikommandant im Thurgau. Bei seiner Pensionierung verschwanden die fremdenpolitischen Akten jener Zeit. Haudenschild dürfte sie vernichtet haben.

### Kantonsrat verlangte eine Entschuldigung

Der ehemalige EDU-Kantonsrat und heutige Präsident der EDU Schweiz, Daniel Frischknecht aus Romanshorn, rief dieses Thema im Kantonsparlament mehrfach in Erinnerung. Zwischen 1933 und 1945 habe der Thurgau hunderte von Juden an der Grenze abgewiesen. Die meisten habe man dadurch in den sicheren Tod geschickt. Er verlangte vom Kanton eine Entschuldigung sowie Mahnmale.

Anders zeigte sich die Situation für Flüchtlinge während der NS-Zeit im Nachbarkanton. Der ehemalige St.Galler Polizeikommandant Paul Grüninger rettete Ende der 1930er Jahre hunderten jüdischen Flüchtlingen das Leben. Sein Einsatz kostete ihn seine Anstellung und sein Ansehen. Erst viel später erhielt er politische und juristische Anerkennung.

### Das IPV-System im Thurgau soll gerechter werden

Teilrevidiertes Krankenversicherungsgesetz in externe Vernehmlassung gegeben

Das heutige System der individuellen Prämienverbilligung basiert auf einem reinen Antragsverfahren. Jede Person mit Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung (IPV) muss jährlich ein papierisches Formular zur Auszahlung der IPV ausfüllen. Neu soll der IPV-Anspruch automatisch aufgrund der Steuerdaten beurteilt werden. Ein Antrag per Formular ist nicht mehr nötig. Damit werden 40 000 Bürgerinnen und Bürger von einem jährlichen Administrativantrag entlastet und die Prozesse in der Verwaltung gestrafft.

### Positive Auswirkungen der Revision auf Finanzen

Im Zuge der Modernisierung des IPV-Systems sollen zudem Fehlanreize beseitigt werden, so dass das System gerechter und transparenter würde. Das heutige IPV-System basiert zudem auf einem einfachen Stufenmodell mit vier Stufen (drei Stufen für Erwachsene und eine Stufe für Kinder). Massgebende Bemessungsgrundlage ist die einfache Steuer der satzbestimmenden Faktoren zu 100 Prozent. Neu werden nicht gerechtfertigte Abzüge in den Steuerdaten rausgerechnet, etwa Investitionen in Liegenschaftsunterhalt, so dass nur noch Personen eine IPV erhalten, welche diese tatsächlich benötigen. Zudem ist ein stufenloser IPV-Anspruch vorgesehen, was Schwelleneffekte verhindert und die Verteilgerechtigkeit erhöht.

Die Revision hat auch positive Auswirkungen auf die Finanzen. Die jährlichen Betriebskosten sinken langfristig um rund eine Million Franken pro Jahr. Die Investitionskosten betragen rund vier Millionen Franken. Die Vernehmlassung dauert bis am 3. Januar 2027. Sämtliche Unterlagen finden sich online unter <https://e-vernehmlassungen.tg.ch> unter dem Schlagwort «Modernisierung IPV-System Kanton Thurgau».